

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 9. November 1977

am Donnerstag, dem 10. November 1977

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	17, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	5, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	9, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	10, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	13, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	14, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	2, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	16, 34 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

1. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Für welche in Betrieb, Bau und Planung befindliche Kernkraftwerke bestehen für den Bund in welchem finanziellen Umfang Risikobeteiligungsverträge, und welche finanziellen Mittel hat der Bund bisher auf Grund solcher Verpflichtungen aufwenden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

2. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Tatsache zu ziehen, daß bei Abflug der später entführten Lufthansa-Maschine aus Mallorca keinerlei Sicherheitsüberprüfungen vorgenommen worden sind, wie auch zum Beispiel zur gleichen Zeit auf dem Flugplatz von Gran-Canaria Passagiere ohne jegliche Kontrolle in deutsche Flugzeuge gelangen konnten?
3. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die öffentlich geäußerte Meinung, daß die Sicherheitskontrollen auf den deutschen Flughäfen, insbesondere auf dem Rhein-Main-Flughafen Frankfurt, völlig ineffizient sind, und welche Maßnahmen hält sie für erforderlich, um die Sicherheit der Flugpassagiere und des fliegenden Personals zu gewährleisten?
4. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Welche Anträge seitens der Elektrizitätsversorgungsunternehmen für erste Teilerrichtungsgenehmigungen neuer Kraftwerke liegen vor, und bis wann wird die Bundesregierung eine Entscheidung über die erste Teilerrichtungsgenehmigung für diese beantragten Kernkraftwerke fällen?
5. Abgeordneter
Dr. Hubrig
(CDU/CSU) Bis zu welchem Zeitpunkt wird konkret über die erste Teilerrichtungsgenehmigung für die Kernkraftwerke Biblis C, Neckar-Westheim II und Hamm entschieden werden, und welche Bedingungen werden an die erste Teilerrichtungsgenehmigung für diese neuen Kernkraftwerke geknüpft?
6. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) Welche Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland sind zur Zeit aus welchen Gründen und seit welchem Zeitpunkt außer Betrieb?
7. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der vergangenen Woche ein Reporter des Hessischen Rundfunks während einer Sendung u. a. bekanntgab, welche Autobahnauffahrten von der Polizei im Zuge der Terroristenfahndung nicht kontrolliert wurden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, solche — beabsichtigte oder unbeabsichtigte — Hilfestellung für flüchtige Terroristen in Zukunft zu unterbinden?

8. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Was hat Bundesinnenminister Dr. Maihofer im Zusammenhang mit dem von Polen geforderten eigenen Ausweis für Aussiedler gemeint, als er am 8. Oktober 1977 in der Frankfurter Paulskirche sagte, „Wir müssen wissen, was wir wollen: möglichst vielen draußen, die als Deutsche unter uns leben wollen, diesen Weg in eine neue Heimat zu öffnen. Diesem hohen Ziel muß sich alles unterordnen.“?
9. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) In welcher Weise wird die Bundesregierung für die Gewährung des Volksgruppenrechts gegenüber den Deutschen jenseits von Oder und Neiße eintreten, nachdem soeben erst (am 8. Oktober 1977 in der Paulskirche) der Bundesinnenminister auf „die Gewährung vernünftiger Volksgruppenrechte für volkliche und sprachliche Minderheiten in ganz Europa, in Ost und West“ hingewiesen hat?
10. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, weiterhin an ihrer Einschätzung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), die sie in ihrer Antwort vom 6. Oktober 1977 auf meine Anfrage im Deutschen Bundestag zu den Vorfällen auf der Mitgliederversammlung der VDS vom 23. bis 25. September 1977 gegeben hat, festzuhalten?
11. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, an wieviel Hochschulen gegenwärtig in den jeweiligen Studentenparlamenten Koalitionen zwischen Sozialistischem Hochschulbund (SHB), Juso-Hochschulgruppen und Liberalem Hochschulverband (LHV) einerseits und kommunistischen Organisationen andererseits bestehen, und wenn ja, wie lauten diese Erkenntnisse?
12. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Welche ASten haben sich im Laufe des Jahrs 1977 an den Aktionen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit beteiligt, und in welcher Form ist dies geschehen?
13. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) In welcher Höhe ist die im Verfassungsschutzbericht 1976 berichtete „hemmungslose, von Gewaltakten begleitete Agitation gegen die Errichtung von Kernkraftwerken“, insbesondere bei den Demonstrationen in Brokdorf, Itzehoe und Grohnde durch ASten unterstützt worden?
14. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU) Wie schätzt die Bundesregierung die von mehreren Studentenorganisationen, z. B. MSB Spartakus und SHB, übernommene Strategie der „Gewerkschaftlichen Orientierung“ insbesondere unter dem Gesichtspunkt ein, daß der SHB auf einem seiner Bundeskongresse einen Antrag abgelehnt hat, der Streikrecht, freie Gewerkschaften und das Recht auf freie Bildung einer Opposition forderte?
15. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für die Verfassungsmäßigkeit des Sozialistischen Hochschulbunds aus der Tatsache, daß dessen Zentralorgan „frontal“ bei der DKP-Druckerei Plambeck & Co in Neuss gedruckt wird, und gibt es weitere Anzeichen für eine wirtschaftliche und politische Unterstützung des SHB durch die KPD?

16. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU) Aus welchen sonstigen Quellen finanziert der SHB nach den Informationen der Bundesregierung seine Arbeit?
17. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Welche Kontakte unterhält nach den Informationen der Bundesregierung der SHB zu Ostblockstaaten, insbesondere zur DDR, und in welcher Form werden diese Kontakte praktiziert?
18. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in welchen Fällen demokratische Organisationen und Parteien an Hochschulen öffentlich zur Wahl des SHB aufgerufen haben, und wenn ja, wie lauten diese Erkenntnisse?
19. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Über wieviel finanzielle Mittel verfügt der MSB Spartakus, und aus welchen Quellen stammen diese finanziellen Mittel nach Einschätzung der Bundesregierung?
20. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) Gibt es gemeinsame Aktionen kommunistischer Organisationen mit SHB und/oder Jungsozialisten aber auch Jungdemokraten gegen Einrichtungen oder Ausstellungen der Bundeswehr?
21. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Gibt es – und wenn ja, in welcher Form – eine Zusammenarbeit von Jungsozialisten und Jungdemokraten mit Kommunisten in Komitees etc. gegen angebliche „Berufsverbote“ in der Bundesrepublik Deutschland?
22. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Welche politischen Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß Juso-Hochschulgruppen, SHB und LHV an zahlreichen Hochschulen auch mit den sog. Basisgruppen koalieren, die offen Gewalt als Mittel der Politik rechtfertigen und verherrlichen?
23. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Welche Fälle sind der Bundesregierung bekannt, in denen Mitglieder des MSB Spartakus an Hochschulen durch Gewaltanwendungen hervorgetreten sind (vgl. Verfassungsschutzbericht 1975, Seite 71)?
24. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Hält der Bundesinnenminister die Deutsche Postgilde und ihre berufsständigen Forderungen für so unbedeutend, daß er nicht einmal einen Vertreter seines Hauses zur Entgegennahme des ihm verliehenen Aschenputtelpreises in die zentrale Veranstaltung am 3. Oktober 1977 in Mainz entsandt hat, oder waren andere Gründe für diese Abstinenz maßgebend?
25. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU) Wird das Bundesinnenministerium bei künftigen Veranstaltungen dieser Art, durchgeführt von der Deutschen Postgilde, vertreten sein?
26. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Aufgabe des Rechtshilfefonds für politische Gefangene (Treuhandler Rechtsanwalt Croissant), im In- und Ausland für die Ziele der RAF Gegeninformation zu betreiben und den anti-deutschen Anschlägen im europäischen Ausland?

27. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Besitzt die Bundesregierung Informationen darüber, daß der wegen Terrorismus gesuchte Kameramann Christoph Wackernagel als Geldsammler des von Rechtsanwalt Klaus Croissant und des vom Deutschen Bundestag in den Verwaltungsrat der Filmförderungsanstalt gewählten Regisseurs Volker Schlöndorff repräsentierten Rechtshilfefonds für die Verteidigung politischer Gefangener tätig gewesen ist und dadurch die kriminelle RAF-Vereinigung unterstützt hat?
28. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wie weit der Rechtshilfefonds für die Verteidigung politischer Gefangener in die übrigen Aktivitäten des Rechtsanwalts Klaus Croissant zugunsten der RAF-Bande integriert war?
29. Abgeordnete
Frau Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der sich als offizieller PLO-Vertreter in Bonn ausgebende Herr Frangi auf einer Veranstaltung in Berlin die Vernichtung des jüdischen Volks und Staats öffentlich gefordert hat?
30. Abgeordnete
Frau Berger
(Berlin)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Herrn Frangi wissen zu lassen, daß ein Mann, der von Berlin aus die Vernichtung des Israelischen Volks und Staats fordert, in Deutschland unerwünscht ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

31. Abgeordneter
Rapp
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf die von Bundesjustizminister Dr. Vogel in der Sitzung des Bundestages am 12. Februar 1976 dargelegte rechtspolitische Zielsetzung eines wirksameren Schutzes des ungeborenen Lebens die bisher erkennbaren Auswirkungen des 15. Strafrechtsänderungsgesetzes?
32. Abgeordneter
Rapp
(SPD) Hält die Bundesregierung zur Durchsetzung der rechtspolitischen Zielsetzung des 15. Strafrechtsänderungsgesetzes weitere Schritte für erforderlich?
33. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung das im Statut des Rechtshilfefonds für politische Gefangene vorgesehene Zusammenwirken des Beirats mit den einsitzenden Gefangenen für unserem Rechtsstaat gemäß, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

34. Abgeordnete
Frau Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Praxis der Bausparkassen, daß nach dem 15. eines Monats eingezahlte Beiträge der Bausparer zum Teil erst ab Ersten des übernächsten Monats verzinst werden und dadurch für den Bausparer bis zu sechs zinslose Wochen vergehen, und welche gesetzlichen Möglichkeiten sieht sie, eine verspätete Verzinsung zu Ungunsten der Bausparer, z. B. durch eine Änderung der Konditionenregelung, zu vermeiden?

35. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die personelle Ausstattung des Grenzzolldienstes (Grenzaufsichtsdienst und Grenzabfertigungsdienst) an den EG- und Drittlandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland für eine ordnungsgemäße Wahrnehmung der dem Grenzzolldienst übertragenen Sicherheitsaufgaben nicht ausreicht und daß selbst unter Berücksichtigung der in den letzten Wochen von der Ostgrenze abgeordneten Verstärkungskräfte eine nur annähernd ausreichende Grenzsicherung gewährleistet ist?
36. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Ist der Grenzzolldienst, der an über 400 Grenzübergängen und an der gesamten grünen Grenze allein grenzpolizeiliche Aufgaben wahrnimmt, in gleicher Weise mit Waffen und Gerät (Fahrzeug- und Funkausstattung) ausgestattet wie der Bundesgrenzschutz?
37. Abgeordneter
Lemmrich
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung die Novelle zum Kraftfahrzeugsteuergesetz dem Bundesrat zuleiten?
38. Abgeordneter
Wissmann
(CDU/CSU)
- Worauf führt die Bundesregierung das relativ geringe Mittelaufkommen bei den Bausparkassen zurück, teilt sie insbesondere die im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom August d. J. vertretene Auffassung, daß hierfür einmal die Zunahme der Rückzahlungen von Bauspareinlagen aus nicht zugeteilten Verträgen und zum anderen der Rückgang der Wohnungsbauprämien auf Grund der Einschränkung der Bausparförderung — durch die Festsetzung von Einkommensgrenzen und die Herabsetzung der Prämienätze — ausschlaggebend sind?
39. Abgeordneter
Wissmann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Einschränkung der Bausparförderung auf das Mittelaufkommen der Bausparkassen für die nächsten Jahre, insbesondere hinsichtlich der Auszahlungskraft der Bausparkassen, der Beschäftigungslage in der Bauwirtschaft und der Wohnungsversorgung, und welche Konsequenzen ist sie gewillt, daraus zu ziehen?
40. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Ausbau derjenigen Wasserkraftwerke, die nicht in den Genuß der steuerlichen Vergünstigungen für Wasserkraftwerke kommen, in die gleichen Fördermaßnahmen einzu beziehen wie sie für Solarenergie, Wärmepumpen und andere regenerative Energiequellen vorgesehen sind?
41. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß, wie der Verbandsgeschäftsführer der privaten Bausparkassen, Degner, (Die Welt vom 3. November 1977, Seite 11) feststellt, die gutgeschriebenen Bausparprämien in den Jahren 1976 und 1977 um 40 v. H. geschrumpft seien, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, die Einkommensgrenze für die Berechtigten auf eine Bausparprämie und den Sparhöchstbetrag wesentlich anzuheben, um damit einen stärkeren eigentumspolitischen Anreiz zu geben für notwendige und konjunkturstabilisierende private Wohnungsbauminvestitionen?

42. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Welche Steuerausfälle entstehen, wenn der bisher steuerfreie Betrag für Kantinenessen von 1,50 DM erhöht würde auf 2,00 DM, 2,50 DM, 3,00 DM, 3,50 DM, 4,00 DM oder auf diese Grenze überhaupt verzichtet würde?
43. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) In welchem Umfang werden gegenwärtig trotz des Durchschnittssatzes von 1,50 DM die tatsächlichen Aufwendungen für Kantinenessen von der Finanzverwaltung überprüft, und steht der dadurch verursachte Verwaltungsaufwand in Relation zu den Ergebnissen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

44. Abgeordneter
Weißkirchen
(Wiesloch)
(SPD) Welche längerfristigen Maßnahmen plant die Bundesregierung, die periodischen Mietsprünge und die ständigen Betriebskostenerhöhungen im Interesse der Bewohner von öffentlich geförderten oder begünstigten Wohnungen abzumildern?
45. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Eigentümer von Sozialwohnungen, der bereits mit 4,5 v. H. zu verzinsende öffentliche Baudarlehen ablöst, in der Wirtschaftlichkeitsberechnung nunmehr nur noch einen Zinssatz von 4 v. H. einsetzen darf, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diese Unstimmigkeit hinsichtlich der Bereitschaft der Eigentümer von Sozialwohnungen, die öffentlichen Mittel durch auf dem Kapitalmarkt aufzunehmende Mittel zu ersetzen?
46. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die von Ministerialdirektor beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Ulrich Pfeiffer auf der Vortragsveranstaltung des Bonner Städtebauinstituts am 28. September 1977 vertretene Auffassung, einer Erhöhung der Eigentumsquote im Wohnungsbau seien im Hinblick auf die dafür erforderlichen überproportional hohen Förderungsbeträge enge Grenzen gesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

47. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung neuere Erkenntnisse über die Entwicklung des Kapitalexports aus der Bundesrepublik Deutschland vor, und wenn ja, welche?
48. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Wie erklärt sich die Bundesregierung die größere Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen in einigen Ländern des Auslands im Vergleich zur Investitionsbereitschaft in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
49. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Wieviel Arbeitsplätze in jeweils welchen Berufen werden durch das Investitionsvolumen von 17,7 Millionen DM wegrationalisiert, das laut Beschluß der zuständigen Vergabekommission unter Vorsitz des Bundeswirtschaftsministeriums mit ERP-Krediten an Presseunternehmen in Höhe von 7,8 Millionen DM gefördert wird?

50. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Sieht die Bundesregierung in dieser Förderung der Umstellung auf computergesteuerten Fotosatz im Druckereigewerbe einen Beitrag zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, oder welche anderen wirtschaftspolitischen Ziele werden mit einer solchen Kreditvergabe verfolgt?
51. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den im Auftrag der Ruhrgas AG erstellten „Systemvergleich Fernwärme-/Erdgasversorgung“ (Essen 1977), der zu der Aussage kommt, daß Erdgasversorgung in fast allen Fällen unwirtschaftlicher ist, insbesondere bezüglich der unterstellten Preisannahmen und der Verteilungskostenstruktur, und sieht sich die Bundesregierung dadurch veranlaßt, ihre bisherige Förderpolitik bei der Fernwärme zu ändern?
52. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Welche energiepolitischen Überlegungen veranlassen die Bundesregierung, in ihrem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung energierechtlicher Vorschriften (Drucksache 8/1030) für das Dritte Verstromungsgesetz einen jährlichen Zuwachs der nutzbaren Stromabgabe in der öffentlichen Elektrizitätsversorgung von mindestens 5 v. H. in den Jahren 1978 bis 1982 und von mindestens 4 v. H. in den Jahren 1983 bis 1987 als Voraussetzung für die erstrebenswerten Verstromung von jährlich 33 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten fortschreiben zu wollen?
53. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Teilt die Bundesregierung die energiewirtschaftliche Zielsetzung, den Bau neuer Kernkraftwerke nur zu befürworten, wenn eine Ausschöpfung aller anderen Energieträger den Energiebedarf nicht zu decken vermöchte?
54. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Welche Gründe waren maßgebend, daß die Bundesregierung die Einfuhr von weiteren 200 000 Spankörben aus Polen bewilligt hat, obwohl die deutschen Spankorbfirmer einem erheblichen Auftragsrückgang ausgesetzt sind und die Einfuhrquote in diesem Sektor bereits 25 v. H. beträgt?
55. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Senkung der Apothekenspannen auf Grund des Arzneimittelmarktgesetzes ab 1. Januar 1978 nicht zu einer Senkung der Arzneimittelpreise führen wird, da die Arzneimittelindustrie ihre Abgabepreise um den gleichen oder einen höheren Prozentsatz zur gleichen Zeit zu erhöhen gedenkt, so daß Kostensenkungen für die Krankenkassen nicht zu erwarten sind, und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls eine Möglichkeit, eine solche Entwicklung zu verhindern?
56. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) Teilt die Bundesregierung – und wenn ja, aus welchen Gründen – die Auffassung der im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers von der Forschungsstelle für Handel (Berlin) angestellten Untersuchung (FAZ vom 31. Oktober 1977), daß von einer Unterversorgung ländlicher Gebiete nicht gesprochen werden könne, obwohl in dem Untersuchungsraum etwa jeder vierte Einwohner in einem Ort leben soll, in dem es kein Lebensmittelgeschäft mehr gibt?

57. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) Welche Erkenntnisse über die Versorgung mit Nahrungsmitteln, ärztlichen Leistungen und Presseerzeugnissen in ländlichen Gebieten liegen für das übrige Bundesgebiet vor?
58. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Hat die Bundesregierung im Rahmen des von ihr beschlossenen Programms zur Förderung heizenergiesparender Investitionen die Anregung berücksichtigt, zusätzlich auch kommunale Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung mit Hilfe von Wärmepumpen und Sonnenkollektoren zu fördern, und wird sie gegebenenfalls diese Anregung in die Verhandlungen mit den Bundesländern einbringen?
59. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Wird die Bundesregierung als Konsequenz aus den Vorstudien der fünf großen Wirtschaftsinstitute zur Strukturberichterstattung Initiativen zur Verbesserung der amtlichen statistischen Datenerfassung des volkswirtschaftlichen Strukturwandels ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

60. Abgeordneter
**Dr. Schacht-
schabel**
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, im Zusammenwirken mit den Ländern Kriterien zu entwickeln, die sicherstellen, daß bei der Vergabe von Investitionshilfen nach § 6 des Marktstrukturgesetzes bzw. aus der Abteilung Ausrichtung des EAGFL verstärkt mittelstandspolitische Gesichtspunkte berücksichtigt werden, um auszuschließen, daß diese Mittel vorzugsweise den kapital- und ertragsstärksten Unternehmen zufließen?
61. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung angeben, ob die Mitverantwortungsabgabe bei Milch, die zu einer effektiven Senkung des Erzeugerpreises für Milch führt, bei der Errechnung des Erzeugerpreisindex für Milch durch das Statistische Bundesamt entsprechend berücksichtigt wird?
62. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) In welcher Weise wird die Mitverantwortungsabgabe Milch umsatzsteuerrechtlich und einkommensteuerrechtlich behandelt?
63. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß der Schutz der deutschen Küstenfischerei durch Fischereischutzfahrzeuge in der erforderlichen Weise gewährleistet ist?
64. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Wie erklärt sich die Bundesregierung die Tatsache, daß entgegen der Ankündigung des Parlamentarischen Staatssekretärs Gallus im Bundestag vom 15. Juni 1977, ein neues Fischereischutzboot in der ersten Oktoberwoche 1977 in Dienst zu stellen, dies bis heute nicht geschehen ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

65. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Teilt die Bundesregierung die im Jahresbericht 1976 des Bundesarbeitsgerichts aufgezeigte Auffassung, daß hinsichtlich der Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht die Rechtsstaatsmaxime und ferner die Sozialstaatsmaxime außerordentlich gefährdet ist, und was gedenkt sie zu tun, um die Chancengleichheit aller Prozeßparteien zu gewährleisten?
66. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Hält die Bundesregierung die in der Arbeitsgerichtsbarkeit festzustellende lange Laufzeit der Verfahren noch mit dem Beschleunigungsprinzip bei arbeitsgerichtlichen Verfahren für vereinbar, und wenn nein, was kann im Verantwortungsbereich des Bundes zu einer Beschleunigung der Verfahren getan werden?
67. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Wann wird das im Zusammenhang mit der Beantwortung meiner Frage 46 (Drucksache 7/5755) angesprochene Forschungsvorhaben „Entwicklung und Erprobung von Versehrten Sportarten für spastisch gelähmte Kinder“ abgeschlossen sein?
68. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung inzwischen weitere Erkenntnisse über die Ungefährlichkeit des therapeutischen Reitens sammeln können, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung in „Die Rehabilitation“ 14, 3/1975, Seite 145 bis 149, die besagt, daß unter Zugrundelegung einer Gesamtzahl von 154 415 Einzelbehandlungen mit und auf dem Pferd lediglich 66 Bagatellunfälle ohne Verletzungen zu verzeichnen waren?
69. Abgeordneter
**Jahn
(Marburg)**
(SPD) Erwägt die Bundesregierung, im Deutschen Bundestag eine Änderung des Schwerbehindertengesetzes dahin vorzuschlagen, daß Ausbildungsplätze künftig nicht mehr auf die Zahl der Arbeitsplätze zur Berechnung der Pflichtquote im Rahmen des Schwerbehindertengesetzes anzurechnen sind?
70. Abgeordneter
Gärtner
(FDP) Ist der Bundesregierung bewußt, daß bei Kriegsdienstverweigerern, die vor dem Inkrafttreten des Wehrpflicht- und Zivildienständerungsgesetzes am 1. August 1977 unanfechtbar als Kriegsdienstverweigerer anerkannt wurden, nicht diese Anerkennung, sondern das Datum der Einberufung dafür entscheidend ist, ob 16 oder 18 Monate Zivildienst abzuleisten sind?
71. Abgeordneter
Gärtner
(FDP) Stimmt die Bundesregierung der Ansicht zu, daß diese Regelung Ungerechtigkeiten mit sich bringt – vor allem wegen der rückwirkenden Geltung der Neuregelung – und willkürliche Behandlungen zuläßt, und ist sie bereit, Initiativen für eine gerechtere Lösung zu ergreifen?
72. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU) Welche der Fragen im Rahmen der vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführten Verlaufsuntersuchung zur Problematik der Wiedereingliederung von Arbeitslosen sind im einzelnen mit der Folge welcher Veröffentlichungen ausgewertet worden?

73. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU) Welche Erwägungen waren für die Entscheidung maßgebend, welche Erkenntnisse auszuwerten und zu veröffentlichen und welche nicht?
74. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß sich die Kostendämpfung im Gesundheitswesen negativ auf den gesundheitsgefährdeten Teil erholungsbedürftiger Kinder auswirkt, und wenn ja, wie beurteilt sie gegebenenfalls diesen Umstand?
75. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Sind im Verantwortungsbereich der Bundesregierung Erkenntnisse darüber gesammelt worden, wie hoch die finanziellen Leistungen der Träger der gesetzlichen Krankenversicherungen an die Träger der freien Wohlfahrtspflege für Ferienmaßnahmen gesundheitsgefährdeter Kinder in den Jahren 1975, 1976 und 1977 waren, und wenn ja, welche Erkenntnisse liegen vor?
76. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Welche Ergebnisse hatten die im Krankenhausbericht der Bundesregierung (Drucksache 7/4530) von 1975 erwähnten Forschungsaufträge zur Verbesserung der Krankenhausplanung?
77. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Welche Ergebnisse hatten die von der Bundesregierung in diesem Bericht erwähnten Untersuchungs- und Forschungsvorhaben zur Ermittlung objektiver Kriterien für die Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses?
78. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, § 2 Abs. 2 des Gesetzes für eine Altershilfe für Landwirte so zu erweitern, daß Anspruch auf Altersgeld auch dann besteht, wenn Berufsunfähigkeit gegeben ist und nicht erst dann, wenn Erwerbsunfähigkeit i. S. des § 1247 Abs. 2 der RVO vorliegt?
79. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Austritt der USA aus der internationalen Arbeitsorganisation?
80. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß auf Grund der Empfehlungsvereinbarung zur Kostenbegrenzung der Krankenkassenverbände mit der Kassenärztlichen Bundesvereinigung bereits 1976 — also lange vor dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz — die Umsätze pro Arzt nur noch um 2,5 v. H. gestiegen sind und 1977 voraussichtlich noch weniger als 1 v. H. steigen werden, die durchschnittlichen Kosten je ärztlicher Praxis von 1974 auf 1975 jedoch um 14 v. H. gestiegen waren?
81. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Wie andernfalls erklärt sich die Bundesregierung den geringeren Kostenanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 1976 und im ersten Halbjahr 1977 — also noch vor Inkrafttreten des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes —, obwohl noch in den Jahren von 1970 bis 1975 die Gesamtausgaben der sozialen Krankenkassen von 25,2 Milliarden DM auf 61,4 Milliarden DM, also um das Zweieinhalbfache, gestiegen waren, die Ausgaben für Krankenhauspflege in der gleichen Zeit von 6 auf 17,8 Milliarden DM, d. h. um das Dreifache, und die Kassenarzthonorare „nur“ von 5,5 auf 11,4 Milliarden DM, d. h. auf gut das Doppelte, gestiegen waren?

82. Abgeordneter **Stahlberg**
(CDU/CSU) Wie viele Wehrpflichtige, die seit dem 1. August 1977 eine Erklärung nach § 25 a des Wehrpflichtgesetzes abgegeben haben und deren Personalunterlagen beim Bundesamt für den Zivildienst eingegangen sind, haben sich vor dem 1. August 1977 als Helfer im Zivildienst oder als Entwicklungshelfer verpflichtet oder sind Angehörige des Polizeivollzugsdienstes?
83. Abgeordneter **Weiskirch**
(**Olpe**)
(CDU/CSU) Wie viele wehrpflichtige Ärzte, Zahnärzte und Apotheker, die als Kriegsdienstverweigerer anerkannt wurden, sind bis zum Inkrafttreten der Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsverfahrens zur Ableistung des Zivildienstes herangezogen worden?
84. Abgeordneter **Weiskirch**
(**Olpe**)
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß Ärzte, die Zivildienst leisten, diese Zeit auf ihre fachliche Ausbildung anerkannt bekommen, also auf Zivildienstplätzen, die eine ärztliche Funktion erfordern?
85. Abgeordneter **Gierenstein**
(CDU/CSU) Wie viele Wehrpflichtige, die seit dem 1. August 1977 eine Erklärung nach § 25 a des Wehrpflichtgesetzes abgegeben haben und deren Personalunterlagen beim Bundesamt für den Zivildienst eingegangen sind, sind — unterteilt nach Geburtsjahrgängen — zivildienstfähig?
86. Abgeordneter **Gierenstein**
(CDU/CSU) Wie viele Wehrpflichtige, die seit dem 1. August 1977 eine Erklärung nach § 25 a des Wehrpflichtgesetzes abgegeben haben und deren Personalunterlagen beim Bundesamt für den Zivildienst eingegangen sind, sind — aufgeschlüsselt nach dem Grad ihrer Verwendungsfähigkeit (Signierziffer) — vorübergehend nicht zivildienstfähig und dauernd nicht zivildienstfähig?
87. Abgeordneter **Würzbach**
(CDU/CSU) Wie viele von den Zivildienstfähigen sind derzeit nicht verfügbar, und welche Zivildienstausnahmen (Anteile) sind dafür maßgebend?
88. Abgeordneter **Biehle**
(CDU/CSU) Wie viele Zivildienstpflichtige sind, aufgeschlüsselt nach Geburtsjahrgängen, ab 1. August 1977 bis 31. Oktober 1977 zum Zivildienst einberufen und zu welchen Diensteintrittsterminen?
89. Abgeordneter **Biehle**
(CDU/CSU) Wie viele haben davon den Zivildienst tatsächlich angetreten?
90. Abgeordneter **Löher**
(CDU/CSU) Wie setzen sich die Kriegsdienstverweigerer nach Berufen zusammen, die ab 1. August 1977 eine Erklärung nach § 25 a des Wehrpflichtgesetzes abgegeben haben?
91. Abgeordneter **Löher**
(CDU/CSU) Wo und in welchem Umfang und von welcher Art sollen in Zukunft weitere Zivildienstplätze geschaffen werden?
92. Abgeordneter **Würzbach**
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen sind zur weiteren Schaffung von Zivildienstplätzen bisher eingeleitet worden?

93. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie hoch ist der finanzielle und personelle Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Weltarbeitsorganisation in Genf (ILO), und wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeit dieser Organisation, das heißt, wie kann die Bundesregierung nach dem demonstrativen Austritt der USA, der wegen des zunehmenden kommunistischen Einflusses erfolgte, es dem deutschen Steuerzahler gegenüber verantworten, Beiträge an diese Organisation in Millionenhöhe jährlich zu leisten?
94. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Einschätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) durch die Regierung der USA, die diese zum Austritt dieser Organisation bewogen hat, oder in welchen Punkten hält die Bundesregierung diese Einschätzung für unzutreffend?
95. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Arbeitnehmer dadurch arbeitslos geworden sind, daß sie verspätet aus den Sommerferien zurückkehrten, ohne beim Arbeitgeber um Urlaubsverlängerung nachgesucht zu haben?
96. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Welche Überlegungen bestehen bei der Bundesregierung hinsichtlich der Verlängerung von Sperrzeiten, wenn Selbstverschulden an der Arbeitslosigkeit vorliegt?
97. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über statistische Unterlagen, die erkennen lassen, ob es regionale Unterschiede gibt in der Häufigkeit von landwirtschaftlichen Unfällen, die zum Tode führen oder dauernde Invalidität zur Folge haben?
98. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch staatliche Maßnahmen auf eine Senkung der Unfallhäufigkeit hinzuwirken z. B. dadurch, daß besonders unfallträchtige Landmaschinen stärker gesichert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

99. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß bei der Bundeswehr, wie z. B. in Achern, dienstleistende Wehrpflichtige vollständige Ausbildung als Lkw-Fahrer erhalten, dann aber zur Ablegung der Fahrprüfung nicht zugelassen werden, wenn sie nicht bereits im Besitz eines Führerscheins Klasse III sind, weil Fahrzeuge zur Vorbereitung und Ablegung der Führerscheinklasse III nicht einsetzbereit sein sollen, obwohl die Wehrpflichtigen vorher noch aufgefordert worden waren, die Testbogen für die Ablegung der theoretischen Fahrprüfung auf eigene Kosten zu erwerben, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Tatsache?
100. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Ist eine nicht zur Ablegung der Führerscheinprüfung führende Ausbildung zum Lkw-Fahrer nicht als eine Verschleuderung von Steuergeldern und als ein Umstand anzusehen, der bei den betroffenen Wehrpflichtigen zu nachhaltiger Enttäuschung führen muß, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesem Zustand abzuhelpen?

101. Abgeordneter
Dr. Kraske
(CDU/CSU) Wie hoch war der Anteil der Zeit- und Berufssoldaten in den letzten fünf Jahren, und welche Entwicklung der Anteile wird in den nächsten Jahren erwartet?
102. Abgeordneter
Dr. Kraske
(CDU/CSU) Wie hoch war der Bedarf der Streitkräfte an Wehrpflichtigen in den letzten fünf Jahren, getrennt nach den einzelnen Jahren, und wie hoch wird er in Zukunft sein?
103. Abgeordneter
Stahlberg
(CDU/CSU) Wie ist das Verhältnis des Personalbedarfs der Streitkräfte an grundwehrdienstleistenden Wehrpflichtigen zu Januar 1978 zur Zahl der zu diesem Termin verfügbaren Wehrpflichtigen?
104. Abgeordneter
Ernesti
(CDU/CSU) Wie viele Soldaten haben sich kurz vor dem Auslaufen der Regelung für die Weitergewährung von Verpflichtungsprämien mit Ende des Jahrs 1976 noch weiterverpflichtet und für welche Zeiträume?
105. Abgeordneter
Ernesti
(CDU/CSU) Wie hoch lag die Zahl der Weiterverpflichtungen zum gleichen Zeitpunkt der vergangenen fünf Jahre?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

106. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, die besagen, daß Bundesverkehrsministerium habe sich mit verschiedenen Fluggesellschaften darauf geeinigt, daß bei Charterflügen in Feriengebieten nur stichprobenartige Sicherheitskontrollen durchgeführt werden sollen?
107. Abgeordneter
Curd
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß es bei einer Verwirklichung der Absicht der österreichischen Regierung, ab 1. Juli 1978 den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr mit einer zusätzlichen Straßengebühr zu belasten, zu einer vergleichbar besseren Behandlung österreichischer Unternehmen des Güterkraftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland und damit zu einem Ungleichgewicht kommt, und wenn ja, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen oder anregen, um das drohende Ungleichgewicht zu verhindern?
108. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung in künftigen Luftverkehrsabkommen mit anderen Staaten darauf bestehen, daß Sicherheitsklauseln insbesondere mit dem Ziel der Passagier- und Gepäckkontrolle aufgenommen werden, und wird die Bundesregierung darauf dringen, daß bestehende Luftverkehrsabkommen entsprechend ergänzt werden?
109. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung zu dem Erfahrungsaustausch über Verbesserungen im Ferienreiseverkehr 1978 am 27. Oktober 1977 in Bonn auch die Polizei, mehrere Autoclubs, die maßgeblichen Reiseveranstalter, die Verkehrspolitiker der CDU, SPD und FDP auf Bundesebene und Vertreter aller Bundesländer und des benachbarten Auslands eingeladen, und wenn nein, warum wurde in der Antwort auf meine Anfrage vom Monat August 1977 zu diesem Thema ein umfassender Erfahrungsaustausch mit allen Beteiligten angekündigt?

110. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Hoya)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung an der Ferienplanung der Kultusministerkonferenz für die Bundesländer bis 1986 mitgewirkt hat, und wenn ja, warum hat die Bundesregierung nicht schon dabei ihren Einfluß auf die Kultusministerkonferenz geltend gemacht, daß einige Termine von Beginn und Ende der Ferien in den Bundesländern 1978 im Juni, vom 3. bis 11. Juli 1978 und vom 2. bis 21. August 1978 liegen, weil in diesen Zeitbereichen keine Konzentrierung von Ferienbeginn- und -endterminen ist?
111. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Was kosten die bisher in den Spiegel-Ausgaben Nr. 34, Nr. 38 und Nr. 42 sowie die möglicherweise noch folgenden, vom Bundespostminister veranlaßten, großformatig jeweils vier Seiten umfassenden Anzeigen, bei denen bisher jeweils auf zwei ganzen Seiten nur zu lesen stand „Wer investiert in Deutschland am meisten?“ „Wer steckt 100 Millionen DM in die Forschung?“ und „Wie heißt Deutschlands größtes Unternehmen?“?
112. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Welchen Eindruck glaubt der Bundespostminister, macht diese Anzeigenserie auf den Bürger angesichts der enormen Gebührenerhöhungen um 86 v. H. innerhalb von vier Jahren und der ursprünglich geplanten Einführung eines 4-Minuten-Zeittakts und angesichts der Tatsache, daß die Deutsche Bundespost sich diese Anzeigen allenfalls auf Grund ihrer hohen Monopolüberschüsse im Fernmeldebereich leisten kann?
113. Abgeordneter
Heyenn
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen zu, nach denen im Bundespostministerium oder beim Postverwaltungsrat Überlegungen angestellt werden, für das Hamburger Telefonnetz von der Einführung eines Zeittakts abzusehen und dabei auf die vorgesehene Ausweitung des Hamburger Netzes in das Hamburger Umland zu verzichten?
114. Abgeordneter
Dr. Diederich
(SPD)
- Wodurch ist der erhebliche Unterschied bei der Höhe der Gebühren für lizenzierte Amateurfunker einerseits und für den Betrieb von Feststationen kleinerer Leistungen im sogenannten Jedermannfunk andererseits zu erklären, und weshalb werden für mobile Geräte im Jedermannfunk überhaupt keine Gebühren erhoben?
115. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für angebracht, daß „Ihre Post“ die Tatsache der Übernahme von „8 400 Leute in die Ausbildung“ in zwei ganzseitigen Anzeigen des Spiegel vom 24. Oktober 1977 verkündet mit dem Hinweis, diese Anzeige koste nur 0,0000025 v. H. des Gesamtumsatzes der Deutschen Bundespost?
116. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU)
- Wieviel DM sind 0,0000025 v. H. des Gesamtumsatzes der Deutschen Bundespost, und wieviel Anzeigen dieser Art hat die Deutsche Bundespost veröffentlicht?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

117. Abgeordneter
**Graf
Stauffenberg**
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Umstände des Todes von Walter Dettmer aus Berlin, der wegen sogenannter — nach unseren Gesetzen nicht strafbarer — Fluchthilfe zu elf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und seit 1975 in einem Ost-Berliner Gefängnis festgehalten wurde, und was hat die Bundesregierung unternommen, um die Ursachen dieses Todes einwandfrei zu klären?
118. Abgeordneter
**Dr. Mertes
(Gerolstein)**
(CDU/CSU)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung unter zweifelsfreier Beachtung der grundgesetzlichen Zuständigkeiten der Länder — etwa in Fragen der Wasserwirtschaft, der Energieversorgung u. ä. — sowie der Qualifizierung der Rechtsnatur der innerdeutschen Grenze durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (über die Vereinbarkeit des innerdeutschen Grundvertrags mit dem Grundgesetz) vom 31. Juli 1973 gegenüber den zuständigen Bezirks- oder Zentralbehörden der DDR die Zuständigkeit der entsprechenden Länder zur Geltung zu bringen, nachdem die Aufgabe der innerdeutschen Grenzkommission — soweit erfüllbar — abgeschlossen ist?
119. Abgeordneter
**Dr. Mertes
(Gerolstein)**
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß gegebenenfalls die an die Bezirke der DDR angrenzenden Bundesländer mit der DDR — nicht verfassungswidrig als Ausland, sondern als Inland sui generis — Vereinbarungen und Verträge in Fragen ihres grundgesetzlichen Zuständigkeitsbereichs aushandeln und abschließen sollten, die etwa mit vergleichbaren rheinland-pfälzisch-luxemburgischen, saarländisch-luxemburgischen, bayerisch-österreichischen und bayerisch-tschechoslowakischen Übereinkünften zu vergleichen wären?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

120. Abgeordnete
**Frau
Hürland**
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Rohde, wonach es in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit 1 bis 1,5 Millionen mehr arbeitslose Jugendliche gäbe, hätten wir noch das Bildungssystem von Mitte der 60er Jahre, und wenn ja, auf Grund welcher Erkenntnisse oder statistischer Erhebungen kommt sie zu diesem Schluß?
121. Abgeordneter
**Gerlach
(Ober nau)**
(CDU/CSU)
- In welchen bekannten Fällen haben politische Studentenverbände, Organe der Verfaßten Studentenschaft oder Jugendorganisationen den sog. „Buback-Nachruf“ abgedruckt, und haben sich die jeweils Verantwortlichen nachträglich von dessen Inhalt distanziert?

122. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung bei den Ländern Erkundigungen eingeholt, in welcher Höhe den jeweiligen ASten in der Bundesrepublik Deutschland finanzielle Mittel nach den Haushaltsplänen zur Verfügung stehen, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Erkenntnisse?
123. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) In welchen konkreten Fällen haben Organe der Verfaßten Studentenschaft von einem allgemeinen politischen Mandat Gebrauch gemacht, das die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage betr. VDS (Drucksache 8/760) für nicht gerechtfertigt erklärt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

124. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Auffassung, nach der durch den Besuch u. a. einer Reihe von pensionierten hohen Militärs bei der 125-Jahr-Feier in Chile keine Aufwertung des Regimes in Chile beabsichtigt ist, und wird die Bundesregierung geeignete Schritte, z. B. über den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Chile, einleiten, um den durch chilenische Zeitungen bewußt hervorgegerufenen entgegengesetzten Eindruck zu korrigieren?
125. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) Werden die Reisebestimmungen für pensionierte Militärs, die für Reisen in Ostblockstaaten gelten, in denen empfohlen wird, daß sich pensionierte Militärs bis zu fünf Jahren nach ihrer Pensionierung bei ihrer letzten Dienststelle um eine Genehmigung für diese Reise bemühen und nach denen üblicherweise in solchen Fällen „dringend abgeraten“ wird, analog auch für Herrschaftssysteme anderer Prägung, z. B. Chile, angewandt?
126. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Wird die Bundesregierung bei den Feierlichkeiten anlässlich der Krönung des Staatspräsidenten Jean-Bedel Bokassa zum „Kaiser von Zentralafrika“ am 4. Dezember 1977 vertreten sein, und gegebenenfalls durch wen?
127. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Ist durch das Waffenembargo gegenüber Südafrika, das auch die Bundesrepublik Deutschland in der UNO befürwortet hat, nicht die Gefahr gegeben, daß an der Südspitze Afrikas kommunistische Stützpunkte entstehen, die die Ölversorgung Westeuropas ernsthaft gefährden könnten, nachdem sich gerade am Beispiel Angolas erwiesen hat, daß die UdSSR die afrikanischen Befreiungsbewegungen mit Hilfe sowjetischer Waffen und kubanischer Truppen für eine kommunistische Machtübernahme zu mißbrauchen versucht?
128. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung, nachdem sie das deutsche Konsulat in Windhuk mit der gleichen Begründung schloß, auch in der Schließung von Konsulaten in anderen Staaten eine Maßnahme zur Vorbereitung ihrer Wiedererrichtung, wenn es sich dabei um Länder handelt, in denen eine freiheitliche, demokratische, von Klassen- oder Rassendiktatur freie Staats- und Gesellschaftsordnung erst begründet werden muß?

129. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, einen Verhaltenskodex für die Behandlung von Arbeitnehmern auch hinsichtlich der Kooperation von Betrieben zu empfehlen, die diesseits und jenseits der Grenze zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) und des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) liegen?
130. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung bewogen, einen Kabinettsbeschluß über die Schließung des Konsulats in Windhuk bereits am 31. Oktober 1977 herbeizuführen und nicht abzuwarten, bis ein Antrag von 91 Abgeordneten und der CDU/CSU-Fraktion auf Aufrechterhaltung des Konsulats parlamentarisch in den Gremien des Deutschen Bundestages behandelt wurde, und wie bewertet die Bundesregierung den in ihrer Verhaltensweise zum Ausdruck kommenden Stil im Hinblick auf die parlamentarischen Gepflogenheiten?
131. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Inwiefern hat die geheimdienstliche Agententätigkeit Frau Helge Berger erhebliche Auswirkungen auf die Verhandlungen zum Warschauer Vertrag gehabt?
132. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Ist die Zeugenaussage eines Sicherheitsbeauftragten in dem Prozeß Berger, die Warschauer Handelsmission sei ein „Morast“ gewesen (Die Welt vom 25. Oktober 1977), nach den Untersuchungsergebnissen der Bundesregierung zutreffend?

**B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Dr. Fuchs
(CDU/CSU) Welche in Athen tätige Korrespondenten deutscher Zeitungen wurden am Donnerstag, dem 18. August 1977, zu dem von dem Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, gegebenen Essen im Hotel Astir – Vouligmeni – eingeladen, und welche Gründe gab es, die Korrespondentin einer deutschen Tageszeitung als einzige zu diesem Essen nicht einzuladen, obwohl der deutschen Botschaft in Athen bekannt ist, daß sie als Korrespondentin einer deutschen Tageszeitung ständig in Athen tätig ist?
2. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Auf welche Weise wird die Bundesregierung, zusammen mit den Regierungen unserer Verbündeten, zweifelsfrei sicherstellen, daß die internationale Glaubwürdigkeit, ebenso wie die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland, in ihrer Substanz durch die bevorstehende Unterzeichnung und das Inkrafttreten der beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Rot-Kreuz-Konventionen von 1949 nicht berührt werden?
3. Abgeordneter
Dr. Mertes
(Gerolstein)
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Unterzeichnung der beiden Zusatzprotokolle zu den Genfer Rot-Kreuz-Konventionen von 1949 eine Erklärung oder einen Vorbehalt des Inhalts abzugeben, daß die beiden Zusatzprotokolle nicht auf Kernwaffen Anwendung finden, die nach der mehrfach bekundeten Auffassung der Bundesregierung und der Regierungen unserer Verbündeten für die Sicherung des Friedens durch effektive Abschreckung von ausschlaggebender Bedeutung sind?
4. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Welches ist der Stand der Bemühungen der Bundesregierung zur Freilassung des in der Tschechoslowakei zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilten deutschen Journalisten Werner Gengenbach?
5. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung den weiteren Vollzug der Strafe gegen Werner Gengenbach für vereinbar mit den Absichtserklärungen der KSZE-Schlusßakte und mit den völkerrechtlichen Pflichten der Tschechoslowakei aus dem Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte, und wird sie den Fall Gengenbach beim KSZE-Folgetreffen in Belgrad zur Sprache bringen?
6. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung bisher – innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen – getan, um ihrem Mißfallen über die Untaten des kommunistischen Regimes der Roten Khmer in Kambodscha Ausdruck zu geben?

7. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Bezieht sich die Antwort der Bundesregierung auf die Frage B 3 (Drucksache 8/1056) im Plenarprotokoll 8/53 bezüglich der Behinderung des Zutritts zur deutschen Botschaft in Bukarest auch auf deutsche Volkszugehörige mit rumänischer Staatsangehörigkeit, und treffen die zahlreichen Aussagen in Briefen aus Rumänien zu, daß diese Deutschen vor dem Betreten der Botschaft polizeilich scharf überprüft und in vielen Fällen am Betreten der Botschaft behindert werden?
8. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Setzt die „zeitweilige Zuflucht“, zu der die Bundesregierung zu den Fragen 10 und 11 (Drucksache 8/963) im Plenarprotokoll 8/48 Stellung nahm, nicht schon allein voraus, daß Leib und Leben einer Person bedroht sind, ohne Rücksicht darauf, ob die bedrohenden Umstände einem Bürgerkrieg, einer Revolution oder z. B. der totalitären Struktur eines Staats entspringen, wie beispielsweise die US-Botschaft in Moskau kürzlich Georgiern „zeitweilige Zuflucht“ gewährte?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, die sogenannten Katapult-Sportschleudern auf Grund ihrer gutachtlich nachgewiesenen Gefährlichkeit für Leben oder Gesundheit baldmöglichst in den entsprechenden Verbotskatalog des Waffengesetzes aufzunehmen?
10. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, in ihrer Regelung über die Übergangszahlung nach § 75 des Bundesbesoldungsgesetzes die Benachteiligung der Beamten im kommunalen Werkdienst gegenüber den Beamten im Bereich der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und der Wehrtechnik alsbald zu beseitigen und den Geltungsbereich der Übergangszahlungsverordnung vom 23. Juli 1975 (BGBl. I S. 1982) auf die Beamten der Laufbahnen des einfachen und mittleren Dienstes im Betriebs- und Werkdienst kommunaler Dienstherren zu erstrecken?
11. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Wie entwickelte sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Jugendkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland [einschließlich Berlin (West)] von 1950 bis einschließlich 1976 pro tausend Jugendliche in bezug auf Deutsche bzw. Ausländer?
12. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, ähnlich wie die amerikanische Regierung, darauf hinzuwirken, daß bei Bundesbehörden nur Papier verwendet wird, das zumindest zu 50 v. H. aus Altpapier besteht?
13. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die städtische Wohnungsaufsicht in der Praxis die Schließung von offensichtlich unzureichenden Unterkünften verzögern muß, da sie zur Benachteiligung dort wohnender Ausländer führt, die infolge sehr langer Verweilzeiten in den ihnen zugewiesenen Schlichtwohnungen in Kauf zu nehmen haben, daß sie in den Automatismus der vom Ausländeramt verfügbaren Ausweisung geraten, und gedenkt die Bundesregierung, hier durch Änderung des Ausländerrechts Abhilfe zu schaffen?

14. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Bedeutet die Forderung nach mehr Sicherheit vor Banküberfällen durch optische Raumüberwachung nicht das Eingeständnis, daß der Staat seiner Pflicht zur angemessenen Garantie von Recht und Ordnung nicht mehr ausreichend nachkommen kann, so daß der Private deshalb selbst für mehr Sicherheit zu sorgen habe, und wie läßt sich gegebenenfalls der dann drohenden Entwicklung begegnen, daß in immer stärkerem Ausmaß die Verpflichtung des Staats, gesetzestreue Bürger vor Rechtsbrechern zu schützen, ersetzt wird durch die Verpflichtung zur privaten Bekämpfung der Kriminalität in Art der Selbstjustiz?
15. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Welches sind die Gründe, die die Bundesregierung dazu veranlassen, in ihrem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes (Drucksache 8/1027) nur die Stellenzulage für Flugzeugführer von Strahlflugzeugen zu erhöhen und die Stellenzulagen für Flugzeugführer von Propellermaschinen unverändert zu lassen?
16. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Flugzeugführer von Propellermaschinen einer ähnlichen physischen und psychischen Belastung wie Strahlflugzeugführer ausgesetzt sind und ähnliche Verantwortung zu tragen haben und deshalb eine Ungleichbehandlung nicht gerechtfertigt ist?
17. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Bundesgrenzschutzverbands nach Einrichtung einer zweiten Anti-Terror-Gruppe (GSG 10), die vorwiegend dem Personenschutz dienen soll?
18. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Sagt Bundeskanzler Schmidt – wie der niedersächsische Sozialminister Schnipkoweit vor der Presse in Hannover erklärt haben soll – die Unwahrheit, wenn er behauptet, daß die atomrechtliche Genehmigungsbehörde in Niedersachsen die Anträge auf Genehmigung eines nuklearen Entsorgungszentrums nur zögernd bearbeite (Presseinformation 13/77 niedersächsischer Sozialminister), und wenn nein, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung ziehen?
19. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Ist die GSG 9 für den Personenschutz zuständig, und gegebenenfalls seit wann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

20. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung im Hinblick auf die unterschiedliche Rechtsprechung der Amts- und Landgerichte in Rechtsstreiten über die Beendigung oder Fortsetzung eines Mietverhältnisses über Wohnraum oder über die Höhe des Mietzinses bereit, das Dritte Gesetz zur Änderung mietrechtlicher Vorschriften vom 21. Dezember 1967 dahin gehend zu ändern, daß die Landgerichte in grundsätzlichen kontroversen Rechtsfragen einen Rechtsentscheid des Oberlandesgerichts bzw. des Bundesgerichtshofs herbeiführen können?

21. Abgeordneter **Gattermann** (FDP) Welche Erfahrung hat die Bundesregierung mit der Anwendung des § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 1975, insbesondere mit den Richtlinien der Länder zur wirksameren Bekämpfung der Mietpreisüberhöhungen (z. B. Runderlaß des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. Oktober 1975 MBl NW Nr. 124, Seite 1950) gemacht?
22. Abgeordneter **Gattermann** (FDP) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in welchem Umfang Verfahren eingeleitet wurden und mit welcher Quote die Verfahren mit rechtskräftiger Verhängung eines Bußgelds (ohne Verfahren und Verurteilungen nach § 302 StGB) endeten, und wenn ja, wie lauten diese Erkenntnisse?
23. Abgeordneter **Gattermann** (FDP) Teilt die Bundesregierung die Befürchtung aus Kreisen der Wohnungswirtschaft und des Zentralverbands der deutschen Haus- und Grundeigentümer, daß der Mietspiegel (§ 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung der Miethöhe) faktisch mehr und mehr den Charakter von Höchst- und Mindestpreisverordnungen annimmt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

24. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß das Bundesfinanzministerium in einem vertraulichen Hintergrundbericht zum Bundeshaushalt 1978 die Feststellung getroffen haben soll, daß die Bundesrepublik Deutschland an die Europäischen Gemeinschaften nicht nur die höchsten Zahlungen zu erbringen habe, sondern auch noch den geringsten volkswirtschaftlichen Nutzen aus den Gemeinschaften ziehe, und auf welche konkreten Vergleichszahlen beruht gegebenenfalls diese Feststellung?
25. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Bundesvermögensverwaltung im Zonenrandgebiet den Mietzins für verpachtetes oder vermietetes Gelände zum 1. Januar 1978 erheblich anheben will?
26. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der strukturell ohnehin problematischen Situation des Zonenrandgebiets auf Mieterhöhungen zu verzichten und den Verkaufsstopp von bundeseigenem Vermögen aufzuheben?
27. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)** (SPD) Treffen Meldungen zu, daß eine Erhöhung der Verbrauchsteuern auf Heizöl geplant ist, und wie beurteilt die Bundesregierung in dem Fall die Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Gartenbaus gegenüber den steuerbegünstigt wirtschaftenden Gärtnern in Belgien und den Niederlanden?
28. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung, die unbefriedigende Situation, die sich daraus ergibt, daß die deutschen Zivilbeschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften in der Bundesrepublik Deutschland öffentliche Aufgaben wahrnehmen, jedoch nicht den sozialen Schutz eines im Dienst von Bund, Ländern oder Gemeinden stehenden Beschäftigten genießen, zu ändern?

29. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU) Aus welchem Grund verweigert die Bundesregierung im Fall der Entlassung den Betroffenen die automatische Übernahme in den deutschen öffentlichen Dienst, wie es etwa in Frankreich oder Japan in gleichliegenden Fällen selbstverständlich ist?
30. Abgeordneter **Dr. Klein** (Göttingen) (CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die Klagen und Eingaben von Betriebsräten und Geschäftsleitungen auf Grund der vom Bundesfinanzminister unter dem Aktenzeichen IV A 2 – S 7100 – 33/77 vom 23. Mai 1977 geregelten umsatzsteuerlichen Behandlung von Sachzuwendungen und sonstiger Leistungen an Arbeitnehmer bekannt, und welche Konsequenzen gedenkt sie aus den inzwischen erkennbaren negativen Folgen für die Arbeitnehmer zu ziehen?
31. Abgeordneter **Dr. Klein** (Göttingen) (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung darüber hinaus bekannt, daß durch diese Regelung insbesondere die Arbeitnehmer in Betrieben des Zonenrandgebiets betroffen sind, und plant die Bundesregierung unter Umständen, für die bereits in mehrfacher Hinsicht benachteiligten Zonengrenzgebiete Ausnahmeregelungen zu schaffen und auf die Besteuerung von Sozialleistungen für Arbeitnehmer ganz oder teilweise zu verzichten?
32. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD) Was hält die Bundesregierung von dem aus dem kommunalen Bereich kommenden Vorschlag, den Gemeinden statt gezielter Investitionshilfen durch den Bund Pauschalbeträge zur Investitionsförderung zur Verfügung zu stellen, und will sie ihn gegebenenfalls aufgreifen?
33. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU) Was unternimmt die Bundesregierung, um einer Abwanderung qualifizierter Arbeitnehmer aus den Zonenrandgebieten entgegenzuwirken, wird sie in diesen Gebieten, wie schon in früheren Jahren, den Arbeitnehmerwohnungsbau zusätzlich steuerlich begünstigen, was dadurch geschehen könnte, daß Arbeitgeberdarlehen für den Bau von Wohnungen oder Eigenheimen bis zu bestimmten Höchstgrenzen von der Steuer befreit werden, oder wird sie Arbeitgebern für vermögenswirksame Leistungen an Arbeitnehmer im Zonenrandgebiet höhere Steuerermäßigung zukommen lassen, womit zugleich ein Beitrag zur verbesserten Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand geleistet würde?
34. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, entsprechend dem Rechtsgedanken des § 89 der AO 1977 die Antragsfrist des § 55 Abs. 5 EStG zumindest dann zu verlängern, wenn die Betroffenen auf den Fristablauf und seine Konsequenzen nicht hingewiesen wurden, obwohl das zuständige Finanzamt interne Vorbereitungen – z. B. Abstimmung mit den Gemeinden über die Abgrenzung des Bauerwartungslands – für die Behandlung erwarteter Anträge getroffen hat?
35. Abgeordneter **Schröder** (Lüneburg) (CDU/CSU) Wieviel Mischfinanzierungsprogramme des Bundes mit anderen Gebietskörperschaften einschließlich der Gemeinschaftsaufgaben und der Konjunktursonderprogramme laufen gegenwärtig mit welchem finanziellen Volumen?

36. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung eine Ausweitung von derartigen Mischfinanzierungsprogrammen für sinnvoll, oder sieht sie Möglichkeiten eines langsamen Abbaus mit dem Ziel der Wiederherstellung klarer finanzpolitischer Verantwortlichkeiten?
37. Abgeordneter
Walther
(SPD) Trifft es zu, daß bei der Beschaffung von Dienstfahrzeugen durch den Bund die Wagen eines bestimmten Herstellers bevorzugt werden, und wenn ja, welche Gründe gibt es hierfür?
38. Abgeordneter
Walther
(SPD) Wieviel Dienstfahrzeuge welcher Fabrikate werden zur Zeit von den einzelnen Bundesministerien gefahren?
39. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Bei welchen Gesetzen seit dem 1. Januar 1970 (z. B. Steuergesetzgebung, Sozialgesetzgebung) haben Beschlüsse des Vermittlungsausschusses zu höheren Ausgaben bzw. auch Einnahmeverlusten geführt, und in welchem Umfang waren die Kommunen davon unmittelbar betroffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

40. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, nachdem der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt neue Aufgaben wie Eichordnung, Atomgesetz, Röntgenverordnung usw. aufgetragen wurden, um sie personell in die Lage zu versetzen, diese Aufgaben zu bewältigen?
41. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Ist jetzt und in der Zukunft damit zu rechnen, daß — nachdem in den vergangenen Jahren nicht nur neue Stellen nicht bewilligt wurden, sondern Stellen abgegeben werden mußten — der Bundesanstalt im Haushaltsjahr 1978 25 Planstellen bewilligt werden?
42. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Welche Einrichtungen des Bundes oder von Unternehmen, an denen der Bund maßgeblich beteiligt ist, sind in den letzten drei Jahren gezielt zur Stärkung des Zonengrenzlands wohin verlegt oder wo geschaffen worden?
43. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Welche vorhandenen oder zur Verwirklichung anstehenden Einrichtungen im Sinne der vorstehenden Frage hält die Bundesregierung zur Verlegung ins bzw. Schaffung im Zonengrenzland für geeignet, und wo sollen bejahendenfalls die Standorte im einzelnen liegen?
44. Abgeordneter
Zebisch
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, daß Deutsche Gesellschaften mangels internationaler Erfahrungen bei der Vergabe von Großprojekten zum Beispiel in Saudi-Arabien nur schwer zum Zuge kommen, und was wird sie unternehmen, um gegebenenfalls mitzuhelfen, diesen Wettbewerbsnachteil abzubauen?
45. Abgeordneter
Zebisch
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß amerikanische Consulting-Firmen sämtliche Ausschreibungen nach US-Normen vornehmen, um US-amerikanischen Firmen einen Wettbewerbsvorteil zu sichern, und was

- wird sie unternehmen, um darauf hinzuwirken, daß europa- und weltweit bei Ausschreibungen Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Normen abgebaut werden?
46. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung Parlament und Öffentlichkeit bis heute nicht näher über die bereits 1973/74 von den Niederlanden eingeleitete Konservierungspolitik bei Erdgas unterrichtet, und welche energiepolitischen Folgerungen hat sie aus den politischen Entscheidungen und gesetzlichen Maßnahmen der Niederlande, die aus dem Gas-Marketingplan der N. V. Nederlandse Gasunie, Groningen, von 1975 und dem neuen Erdgaspreisgesetz von 1975 abzuleiten sind, gezogen, um die Erdgasversorgung der Bundesrepublik Deutschland zu vernünftigen Konditionen zu sichern?
47. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung insbesondere aus den Artikeln 2, 4 und 7 des niederländischen Erdgaspreisgesetzes und aus der Tatsache, daß die N. V. Nederlandse Gasunie zur Erfüllung ihrer bestehenden Lieferverpflichtungen bereits einen Erdgas-Importvertrag zu einem Preis abschließen mußte, der über den für die Niederlande durch noch bestehende Lieferverträge erzielbaren Verkaufspreisen liegt, und für die die Niederlande nach einer Äußerung des niederländischen Wirtschaftsministers Lubber (nach einem Bericht in der Wirtschaftswoche Nr. 32 vom 29. Juli 1977) nicht bereit seien draufzuzahlen?
48. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung systematische Berechnungen vor, oder hat sie solche Berechnungen in Auftrag gegeben, die ausweisen, mit welchem Einsatz von öffentlichen Geldern und mit welchem Einsatz von Investitionskapital insgesamt bei welcher Rentabilität welche Verfahren zur Energieeinsparung oder zur Nutzung regenerativer Energiequellen in welchen Sektoren, bei welchem Vorrang und in welchem Zeitraum in den Markt eingeführt werden können?
49. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die in ihrem Energiesparprogramm vorgeschlagenen Maßnahmen die derzeit wirksamsten sind, und erwartet die Bundesregierung, daß weitere Energiesparmaßnahmen ähnlich hohen Investitionsaufwand und ähnlich hohe staatliche Mittel erfordern und nur eine ähnlich niedrige Rendite unterhalb von 2 v. H. erreichen, wie dies sich aus den Zahlen der Kabinettsvorlage zum Programm zur Förderung heizenergiesparender Investitionen in bestehenden Gebäuden ergibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

50. Abgeordneter
Müller
(Bayreuth)
(SPD) Ist die Bundesregierung mit mir der sachlich fundierten Auffassung, daß die Kompetenz für den Tierschutz vom Bundesernährungsministerium auf das Bundesinnenministerium übertragen werden sollte, und wenn ja, wann wird die Kompetenzverlagerung vorgenommen?

51. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Bis wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Tierseuchengesetzes vorlegen, der auch die Fischseuchen einbezieht, und bis wann ist mit einer Verabschiedung zu rechnen?
52. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Bereich der deutschen Mühlenwirtschaft eine zunehmende Diskrepanz zwischen Vermahlungsbedarf und Vermahlungskapazität besteht, und ist die Bundesregierung bereit, erneut Hilfestellung beim Abbau dieses Kapazitätenüberhangs zu gewähren?
53. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung dabei bereit, angesichts der gegebenen Betriebsstrukturen spezielle Maßnahmen zur Erhaltung der Klein- und Mittelbetriebe zu ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

54. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung der Bundesanstalt für Arbeit ermöglichen, anstelle des Arbeitslosengelds in Höhe der eingesparten Leistungen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu fördern, ohne daß immer wieder besondere Finanzierungsmittel bereitgestellt werden müssen (Ausgabenermächtigung A)?
55. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Zieht die Bundesregierung eine Selbstbeteiligung bei den Krankenhausbenutzungskosten in Erwägung, nachdem, wie im Bericht des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit zu lesen war, Frau Antje Huber bei der 50. Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Ludwigsburg als Ursache der Fehlbelegung von Krankenhausbetten mit Pflegebedürftigen u. a. die Übernahme der gesamten Kosten bei dem Krankenhausaufenthalt durch die Krankenkassen nannte, was im Gegensatz zur Regelung in der Sozialhilfe alte Menschen nicht zwingt, ihre Rente miteinzusetzen?
56. Abgeordneter
Egert
(SPD) Hält die Bundesregierung die enge räumliche, organisatorische und personelle Anbindung der Zeitschrift Thema 1 – Gesundheit an die kassenärztliche Bundesvereinigung vereinbar mit dem öffentlich-rechtlichen Auftrag der kassenärztlichen Selbstverwaltungsinstitution?
57. Abgeordneter
Egert
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, daß es infolge mangelnder Bereitschaft der Krankenversicherung, die Ärzte sachgerecht über die tatsächlich getroffenen Regelungen im Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz zu informieren, zu einer zum Teil erschreckenden Unkenntnis der Ärzteschaft über die Bestimmungen des Kostendämpfungsgesetzes gekommen ist, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zur sachgerechten Information der Patienten und Ärzte beizutragen?

58. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Würde die Bundesregierung es begrüßen, wenn sich die Selbstverwaltungsorgane der Ärzteschaft am Beispiel der Krankenkassen orientieren würden und den von ihnen vertretenen Personenkreis entsprechend ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag unterrichten würde, und was gedenkt sie gegebenenfalls flankierend zu tun, um diese Information durch die Krankenversicherungen sicherzustellen?
59. Abgeordneter
Zebisch
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus in den Fällen, in denen der Träger einer Jugendeinrichtung die Zuweisung eines Zivildienstleistenden beantragt, grundsätzlich eine negative Stellungnahme an das Bundesamt für Zivildienst in Köln richtet (vergleiche Süddeutsche Zeitung Nr. 244), und was wird sie gegebenenfalls unternehmen, um das Bundesamt für den Zivildienst zu veranlassen, daß über die Zuweisung nach sachlichen Kriterien entschieden wird?
60. Abgeordneter
Zebisch
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus seine grundsätzlich negative Stellungnahme mit der pauschalen Begründung, daß „der Zivildienstleistende in derartigen Einrichtungen unmittelbaren Kontakt mit Kindern und Jugendlichen hat, und somit eine politische Beeinflussung durch den Zivildienstleistenden nicht ausgeschlossen werden kann“, begründet, und wenn ja, was wird sie unternehmen, um dieser pauschalen Beurteilung aller Zivildienstleistenden durch die bayerische Staatsregierung entgegenzuwirken?
61. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Enthält die Bundesregierung die ihr von der Bundesanstalt für Arbeit zugeleiteten monatlich erhobenen Zahlen über die der Arbeitsverwaltung gemeldeten Ausbildungsplätze und über die sich bei ihr meldenden Bewerber um einen Ausbildungsplatz der Öffentlichkeit vor, und warum beschränkt sich die Bundesanstalt für Arbeit gegebenenfalls darauf, vierteljährlich nur mitzuteilen, wieviel Ausbildungsplätze noch nicht besetzt und wie viele Bewerber noch nicht untergebracht werden konnten?
62. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Entspricht die Auslegung des Mitbestimmungsgesetzes durch den DGB, derzufolge das im Mitbestimmungsgesetz vorgesehene Wahlmännergremium das Recht habe, nach dem Wahlakt periodisch zusammenzutreten und sich von den Gewählten Bericht erstatten zu lassen, den Vorstellungen der Bundesregierung über die Anwendung des Mitbestimmungsgesetzes, und wenn nein, was wird die Bundesregierung unternehmen, um ihren Vorstellungen Geltung zu verschaffen und eine Entwicklung zum imperativen Mandat zu verhindern?
63. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Arbeitnehmer, die in einem Berliner Bezirk wohnen und denen in einem anderen Berliner Bezirk ein Beschäftigungsangebot gemacht wird, die Arbeitslosigkeit vorziehen, und wie hat die Arbeitsverwaltung darauf gegebenenfalls reagiert?

64. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung bewogen, bei der Errechnung der Durchschnittseinkommen der Ärzte (Fragestunde des Bundestages vom 2. März 1977, Stenographischer Bericht Seiten 751 bis 755) allein die Kostenstrukturerhebung 1971 zugrunde zu legen, obwohl das Statistische Bundesamt ausdrücklich in der Kostenstrukturerhebung 1971 und 1975 festgestellt hat, daß diese Statistik weder Angaben über die tatsächliche Besetzung der verschiedenen Größenklassen noch Angaben über die Durchschnittseinnahmen aller erfaßten Praxen liefert?
65. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung ihre Feststellungen über die Durchschnittseinkommen der Ärzte berichtigen, nachdem zwei Wissenschaftler, H. K. Lang und A. Mertens, in der Zeitschrift „Der Deutsche Arzt“, Oktoberheft, dargelegt haben, daß die Bundesregierung zu Unrecht die Kostenstrukturerhebung verallgemeinernd herangezogen habe, und auch von falschen Zahlen ausgegangen sei, da der durchschnittliche Praxiskostenanteil nicht 35,3 – wie angegeben – sondern ausweislich der Kostenstrukturerhebung 1975 mindestens 40,1 und höchstens 48,0 vom Hundert betrage?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

66. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung nach wie vor, das Kreiswehrrersatzamt Solingen aufzulösen und ein Musterungszentrum in Düsseldorf zu errichten, obwohl von den Städten des Bergischen Lands Vorschläge unterbreitet wurden, die für die Betroffenen eine günstigere Lösung vorsehen?
67. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Reservistenkameradschaften und den Einheiten der Bundeswehr zu verbessern?
68. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, in Zukunft Manöverschäden schneller und unbürokratisch mit den Betroffenen zu regulieren, da die Schadensabwicklung bislang bis zu zwei Jahren in Anspruch nahm?
69. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) Wieviel Sprengstoff, Minen (Panzerminen, Schützen-tretminen, andere), Sprengkapseln und Zündschnüre sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 1972 bis September 1977 aus zivilen bzw. militärischen Beständen in der Bundesrepublik Deutschland entwendet und nicht wieder aufgefunden worden?
70. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach im Landschaftsschutzgebiet des Spessarts eine Panzerübungsstraße für die Bundeswehr oder Stationierungsstreitkräfte geplant ist, und wenn ja, welches Gebiet wird betroffen?
71. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Wann soll das Projekt gegebenenfalls verwirklicht werden, und sind dabei die Probleme des Natur- und Landschaftsschutzes sowie des hochentwickelten Fremdenverkehrs im Spessartraum berücksichtigt?

72. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Sind Fälle bekannt, in denen Soldaten auf Zeit für die Dauer ihrer gesetzlich geförderten Zivildausbildung Ausbildungsverträge zum Schein abgeschlossen und sich so Doppelverdienste verschafft haben, und welche Konsequenzen sind gegebenenfalls gezogen worden?
73. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Wird eine Ausbildung zur „geprüften Werkschutzfachkraft“, die zwei Jahre dauert und weitgehend ohne schulischen Teil erfolgt, als förderungswürdig im Sinne des Berufsförderungsgesetzes für Soldaten auf Zeit angesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

74. Abgeordneter
Lenders
(SPD) Kann die Bundesregierung britische Untersuchungen bestätigen, wonach der in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Namen „Duogynon“ verwendete Schwangerschaftstest schwere Mißbildungen bei Neugeborenen verursacht, und wenn ja, welche geeigneten Maßnahmen gedenkt sie zu unternehmen?
75. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Befürchtungen, die Milch von Kühen, die an Autobahnen weiden und Blei aus Autoabgasen einatmen, enthalte Blei, nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen unbegründet sind?
76. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Liegt der Bundesregierung die Studie vor, die ein amerikanisches Team im Auftrag der US-Fernsehgeseilschaft CBS in England erstellt hat, wonach männliche Jugendliche, die längere Zeit Gewalt im Fernsehen miterlebt haben, zu größerer Gewalttätigkeit neigen, ein Ergebnis, das die Hypothese zu bestätigen scheint, daß langandauernder Konsum von Gewaltsendungen gewalttätiges Verhalten fördert, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung gegebenenfalls daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

77. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Treffen Pressemeldungen zu, daß die Bundesregierung nunmehr in der Lage ist, landschaftsbezogene Kraftfahrzeugkennzeichen zuzulassen, und kann ich zutreffendenfalls annehmen, daß den beiden im heutigen Landkreis Westerwald zusammengeschlossenen ehemaligen Westerwaldkreisen Unterwesterwald und Oberwesterwald, die 1974 das auf den Kreissitz Montabaur bezogene Kfz.-Kennzeichen „MT“ erhielten, nunmehr das landschaftsbezogene Kennzeichen „WW“ zugeteilt werden kann, falls das Land Rheinland-Pfalz dieses Kennzeichen beantragt?
78. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung Feststellungen anläßlich der Tagung der Union Deutscher Bahnhofsbetriebe in Konstanz, daß nicht zuletzt durch ein Versäumnis der Deutschen Bundesbahn der Umsatz der Bahnhofs-gaststätten und des Bahnhofshandels

- rückläufig sei, da vor allem die Bahnhofsgaststätten nicht rechtzeitig den heutigen Bedürfnissen der Kunden angepaßt wurden und deswegen für die Reisenden wie auch für die Stadtbevölkerung unattraktiv geworden seien, und welche Maßnahmen sind nach Meinung der Bundesregierung gegebenenfalls erforderlich, um die Attraktivität und damit eine ausreichende Rentabilität der Bahnhofsgaststätten zurückzugewinnen?
79. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie ist die Bilanz der Saison 1976 der Bodensee-Schiffsbetriebe der Deutschen Bundesbahn, auch im Vergleich zum Jahr 1975, zu beurteilen, und hat man 1977 am Angebot der Verkehrsleistungen 1976 festgehalten und diese möglicherweise mit guten Ergebnissen ausbauen können?
80. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen, in den Verhandlungen mit dem Sowjetblock den deutschen Verkehrsunternehmen die gleiche Rechte und Möglichkeiten zu verschaffen, die die Verkehrsunternehmen des Sowjetblocks im Bundesgebiet vorfinden, und wird die Bundesregierung — falls gleiche Rechte und Möglichkeiten für die deutsche Seite nicht voll durchsetzbar sind — den Betätigungsrahmen des Sowjetblocks im Bundesgebiet auf den Umfang zurückschneiden, in dem die deutschen Verkehrsunternehmen in den kommunistischen Staaten tätig sein können?
81. Abgeordneter
Dr. Hauff
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob — seit Inkrafttreten der Befeuereungs- und Markierungsrichtlinien von Flughäfen des Bundesverkehrsministeriums vom 20. Mai 1970, insbesondere Ziffer III, Punkt 1.5 — Anbieter von neuen, leistungsfähigen Unterflurfeuern, die den Normen des Abkommens über die internationale Luftfahrt (ICAO) für Überflurfeuer entsprechen, existieren?
82. Abgeordneter
Dr. Hauff
(SPD) Inwieweit lassen sich die seit ungefähr zwei Jahren in der Anflugschneise der Piste 12/32 installierten Unterflurfeuer des Flughafens Zürich-Kloten im Vergleich zu den herkömmlichen Überflurfeuern beurteilen, welche Erfahrungen wurden bisher mit diesen Unterflurfeuern gemacht, und werden die gemachten Erfahrungen eventuell zur Änderung der Richtlinien führen?
83. Abgeordneter
Dr. Hauff
(SPD) Welche Konsequenzen ergäben sich bei der gegenwärtig diskutierten Ausbauplanung des Flughafens Stuttgart-Echterdingen für die Start- und Landebahnlängen sowie für die Sicherheit, wenn bei einer Schwellenverschiebung nach Osten von 885 m eine Unterflurbefeuereung auf der gesamten Anflugstrecke bis zur neuen Schwelle möglich wäre?
84. Abgeordneter
Dr. Hauff
(SPD) Wäre es schon heute möglich, im Westen des Flughafens eine verkürzte Anflugbefeuerung in Unterflurbauweise zur Stabilisierung des Landeanflugs 08 einzurichten, die nach einer Schwellenverlegung als Unterflurbefeuerung weiter verwendet werden könnte?
85. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem sich seit 1. Mai 1974 in Kraft befindlichen Punktesystem für Verkehrssünder gemacht?

86. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD) Ist die Bundesregierung bereit, eine kritische Überprüfung und gegebenenfalls eine Korrektur in Teilbereichen des jetzigen Punktesystems für Verkehrs-sünder vorzunehmen, und auf welche Bereiche würde sich diese Korrektur nach Auffassung der Bundesregierung beziehen müssen?
87. Abgeordneter **Dr. Müller** (CDU/CSU) Hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer Überlegung schon einmal die Frage geprüft, inwieweit durch die Gleichstellung des Werkverkehrs mit dem gewerblichen Güterkraftverkehr — bei absoluter Gleichbehandlung (Sachkundeprüfung, Steuer, Versicherung) — erhebliche Energieeinsparungen vorgenommen werden können, da heute ein Teil des Werkverkehrs ja als Leerverkehr abgewickelt wird?
88. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Fahrt von Generalvertretern der Deutschen Bundesbahn zur 125-Jahr-Feier der deutschen Einwanderung in Chile Ende November 1977 unter den gegebenen politischen Umständen in Zusammenhang mit der dienstlichen Tätigkeit der betreffenden Personen gebracht werden kann, und wie beurteilt die Bundesregierung die politischen Auswirkungen einer derartigen Fahrt?
89. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auf die entsprechenden Generalvertreter einzuwirken, diese Fahrt zu unterlassen?
90. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die mit Schreiben vom 5. Mai 1977 zugesagten Raumordnungsverfahren im Zusammenhang mit dem Neubau der Staustufe Neuburgweier eingeleitet und weitere Verfahrensvoraussetzungen veranlaßt, und kann weiter davon ausgegangen werden, daß die Staustufe Neuburgweier gebaut werden wird, sofern die zur Zeit laufenden Naturversuche zu einem negativen Ergebnis führen?
91. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Entwicklung auf dem Verkehrssektor, insbesondere bei der Deutschen Bundesbahn unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Auftragslage?
92. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß bei der Deutschen Bundesbahn schon seit Wochen 80 000 bis 90 000 Güterwagen (287 000 Gesamtbestand) unbeschäftigt abgestellt sind und dadurch teilweise Betriebsbehinderungen verursacht worden sind?
93. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU) Ist es richtig, daß angesichts der Beschäftigungslage der Deutschen Bundesbahn die vom Bundesverkehrsminister angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen (Leistungsauftrag) bis 1980 nicht erreichbar erscheinen?
94. Abgeordnete **Frau Berger** (Berlin) (CDU/CSU) Gibt — wie im Informationsdienst der Berliner CDU, Nr. 41 vom 12. Oktober 1977, gemeldet — die Condor Flugdienst GmbH, eine Tochtergesellschaft der Deutschen Lufthansa AG, ein Taschenbuch für die Touristikpresse heraus, in dem sich die Condor durchgängig der Schreibweise „BRD“ für die Bundesrepublik Deutschland bedient, und wenn ja, was

- beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um eine Änderung herbeizuführen und in Zukunft ein derartiges Vorgehen durch eines ihrer Unternehmen zu vermeiden?
95. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Wie weit sind die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich wegen des Neubaus einer Transitstraße zwischen Salzburg und Lofer hinsichtlich Streckenführung und Baubeginn bereits gediehen, und ist bei der Trassenführung die Besonderheit der Landschaft und die allseits befürchtete Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs genügend berücksichtigt worden?
96. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Planungsrichtlinie B 1/76 der Bundesanstalt für Flugsicherung, Frankfurt am Main, mit den Zeitangaben für Nachtflugbeschränkungen im Widerspruch steht zum Erlaß des Bundesverkehrsministers vom 21. März 1972, und wann wird die erforderliche Modifikation dieses Erlasses analog zu den Erkenntnissen der Lärmmedizin vorgenommen?
97. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Ergebnisse der neuen Untersuchung des HUK-Verbands zum Unfallgeschehen und zur Fahrzeugsicherheit in ihren Auswirkungen vor allem für die Gesetzgebung umgehend zu prüfen und sie gegebenenfalls in ihre weiteren Überlegungen einzubeziehen?
98. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Hat die in einem Pressebericht des Schwäbischen Tagblatt Tübingen vom 2. November 1977 im Zusammenhang mit einer Diskussion über den Bau der neuen B 27 im Neckartal bei Tübingen wieder-gegebene Äußerung eines Vertreters des Bundesverkehrsministeriums, wonach das Bundesverkehrsministerium mittlerweile den Ausbau bestehender Bundesstraßen vollkommenen Neubauten vorziehe, Auswirkungen auf die Planung und den Bau der B 27 (neu) zwischen Stuttgart und Tübingen?
99. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung an der bisherigen Planung der B 27 (neu) zwischen Stuttgart und Tübingen fest?
100. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Wie lange wird die wegen der gegenwärtigen Erneuerungsarbeiten vorgenommene Vollsperrung der Bundesstraße 71 zwischen Bremerhaven und Loxstedt-Bexhövede, die die betroffene Bevölkerung in außerordentlichem Maß belastet, noch aufrecht erhalten?
101. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU)
- Wieviel Ausbildungsplätze werden im Bereich der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn zur Nutzung an Dritte gegen Kostenerstattung angeboten, und wieviel werden davon in Anspruch genommen?
102. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, bisher nicht in Anspruch genommene Ausbildungskapazitäten selbst mit Auszubildenden zu besetzen und damit die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

103. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, aus dem Regionalprogramm des Bundes den sozialen Wohnungsbau mit finanziellen Mitteln zu fördern, und welche Voraussetzungen sind dafür erforderlich?
104. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) Welchen Stand haben die Verhandlungen der Bundesregierung mit den Ländern zum Abschluß einer Verwaltungsvereinbarung über die Fortführung des sogenannten Regionalprogramms im Jahr 1978, und wie reagiert die Bundesregierung auf die Äußerungen des Staatssekretärs Dr. Brodesser auf dem Allgemeinen Deutschen Bauvereinstag in Köln, wonach das Land Nordrhein-Westfalen nicht beabsichtigt, eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung zu unterschreiben?
105. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen für den gesamten Wohnungsbau hätte nach Auffassung der Bundesregierung die Weigerung eines oder mehrerer Bundesländer auf Abschluß einer Verwaltungsvereinbarung über die Fortsetzung des sogenannten Regionalprogramms im Jahr 1978, und was gedenkt die Bundesregierung dann zu tun?
106. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Trifft die Meldung in „Die Welt“ (3. November 1977, Seite 11) zu, daß es Milliarden Subventionen an Mieter gibt, die diese gar nicht bedürfen, und wenn ja, wie hoch schätzt die Bundesregierung den Subventionsbetrag aus der Bundeskasse, der an nicht unbedingt bedürftige Mieter ausgezahlt wird, wenn nein, wie hoch schätzt die Bundesregierung den Anteil der Wohngeldbezieher, die wirklich bedürftig sind, um aus Steuermitteln subventioniert zu werden?
107. Abgeordneter
Weißkirchen
(Wiesloch)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Betriebskostenerhöhung im Heidelberger Stadtteil Emmerstgrund, einem überwiegend aus Sozialwohnungen bestehenden Wohngebiet, die der Eigner, die Neue Heimat Baden-Württemberg, zum 1. November 1977 verlangt hat, vor dem Hintergrund der Tatsache, daß dieser Stadtteil als Modell vom Bund gefördert wurde, und sieht die Bundesregierung sich in der Lage, einen Beitrag zur Dämpfung des zunehmenden Kostendrucks auf die in der Regel finanziell schwächeren Bewohner des Stadtteils zu leisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

108. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Hält die Bundesregierung aus politischen oder rechtlichen Erwägungen eine parlamentarische Beschlußfassung über eine eventuelle Inbetriebnahme des im Bau befindlichen Prototyps eines Schnell-Brut-Reaktors in Kalkar für erforderlich, gegebenenfalls mit welchen Gründen?

109. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Welche rechtlichen und finanziellen Konsequenzen ergäben sich aus einer möglicherweise negativen parlamentarischen Entscheidung zur Inbetriebnahme des SNR 300?
110. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung im Bereich der Unternehmenskonzentration die Tätigkeit der Zuweisungsstellen, insbesondere unter dem Blickwinkel der Konkurrenzbeziehungen zwischen Antragsteller und Vergabe- bzw. Belieferungsstelle?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

111. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Hilfen für Spätaussiedler über die nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und die von der Otto-Benecke-Stiftung gewährten Hilfen und Zuschüsse hinaus spätausgesiedelten Lehrern mit Familien weitere finanzielle Hilfen bei Absolvierung eines Ergänzungsstudiums zu gewähren?

Bonn, den 4. November 1977